

Ein Querdenker, der keiner ist

Ein Gastronom von der Ostseeküste will in der Corona-Pandemie mit der Politik diskutieren, was sie besser machen könnte. Es kommt auch zum Austausch mit dem Bundespräsidenten, dann steht er als Querdenker da. Was ist da passiert?

Martin Schulte

Thomas Schäfer erinnert sich noch gut an den Tag, an dem ihm der Bundespräsident empfahl, zum Arzt zu gehen. Oder: „Mit aktuell informierten medizinischen Ansprechpartnern“ in den Austausch zu treten, wie es in dem Schreiben aus dem Bundespräsidialamt hieß. Schon mehr als ein Jahr ist es her, dass der Gastwirt diesen Brief in den Händen hielt, und doch sitzt der Stachel tief. Schäfer wird in dem Schreiben in die Ecke der Corona-Leugner gestellt, als Querdenker abgestempelt.

Dabei wollte er das Gegenteil sein: ein aktiver engagierter Bürger, der sich einbringt, den Dialog zwischen Politik und Bevölkerung fördert und Anregungen liefert. Von der Basis. Aus dem echten Leben. Aber daran, so scheint es ihm, hat kaum jemand Interesse. „Ich bin anständig und rechtsstaatlich unterwegs“, sagt Thomas Schäfer: „Wenn hier bei uns jemand positiv von der AfD redet, dann gehe ich dagegen an.“

Hier bei uns, das ist die Gaststätte Lehmsiek bei Eckernförde, die er gemeinsam mit seiner Frau Birte betreibt. Er sitzt auf einer Eckbank des Schankraums, der diese typische Gemütlichkeit von Landgasthöfen ausstrahlt. Ein Donnerstagnachmittag im September, aus der Küche zieht der Geruch von frisch gebackenem Pflaumenkuchen herüber. In zwei Stunden beginnt hier der Betrieb: Mehr als 30 Plätze sind eingedeckt, alles Reservierungen. Das Geschäft läuft offensichtlich – wieder.

Ungewollte Nothilfen

Im März 2020, als Großveranstaltungen verboten werden, Schulen und Geschäfte schließen müssen und der Tourismus komplett heruntergefahren wird, bricht ihm das Geschäft von einem Tag auf den anderen weg. „Wir wussten nicht, wie es für uns und unsere neun Angestellten weitergeht, mussten Nothilfen aufnehmen, die wir so gar nicht gebrauchen konnten. Und niemand wollte das hören.“

Das ist auch der Grund, warum er später an Frank-Walter Steinmeier geschrieben hat. Schäfer blickt auf die Papiere, die zwischen seinen Händen auf dem Tisch liegen. Es ist der Briefwechsel mit dem Bundespräsidialamt in Berlin, jener Behörde, die für die Amtsgeschäfte des Bundespräsidenten zuständig ist. Alles ist ordentlich gestapelt und chronologisch sortiert; wenn man einen Zettel nach dem Lesen falsch ablegt, sagt er: „Nein, nicht dahin.“ Und bringt dann sofort alles wieder in die richtige Reihenfolge. Rund 40 Seiten umfasst dieser Briefwech-

sel, der im Februar 2022 begann. Damals war die Corona-Pandemie fast überstanden. Bei Thomas Schäfer hatte sich der Eindruck, dass seine Branche bei den staatlichen Corona-Hilfen und der Regelung für Selbstständige schlecht weggekommen sei, längst in etwas Grundlegendes verwandelt: „Es gibt in Deutschland zu wenige Stellen, an denen sich ein betroffener Bürger Gehör verschaffen und vor allem auch einbringen kann“, sagt er.

Er hätte gerne erklärt, warum in Schankräumen und Gaststätten-Sälen die Hygienevorschriften hätten eingehalten werden können. Oder warum der Appell der Politik, die Gastwirte mit Außer-Haus-Bestellungen zu unterstützen, zwar gut gemeint, aber wegen der komplizierten und engen Preiskalkulationen am Ende nicht gut gemacht war. Er wollte reden, weil er nicht mehr selbstständig handeln und entscheiden durfte.

Nun ist es nicht so, dass niemand Thomas Schäfer während der Pandemie zugehört hätte. Er hat mit Interessensvertretern der Gastronomie, mit örtlichen Landtagsabgeordneten und mit dem Ministerpräsidenten gesprochen. „Ich habe mich mehrfach mit ihm unterhalten“, erinnert sich Daniel Günther: „Das schaffe ich nicht mit allen Bürgern.“ Und für die Gastronomen sei viel getan worden, findet der Regierungschef: „Obwohl das eigene Gehalt nicht Bestandteil dieser Hilfen war.“ Auch Stefan Scholtis, der Geschäftsführer des Hotel- und Gaststättenverbandes, bestätigt Gespräche mit dem Lehmsieker Gastronom: „Das war immer auf einer konstruktiv-kritischen Ebene. Er ist keiner, der einfach allen Beschlüssen folgen wollte, sondern Fragen gestellt hat.“

Diese Fragen, fand Schäfer damals, seien ihm nicht ausreichend beantwortet worden. Man kann das pedantisch nennen, vielleicht sogar penetrant oder unflexibel. Schließlich hat die Corona-Pandemie Politik wie Gesellschaft damals unvorbereitet getroffen – es war naheliegend, dass nicht alle Maßnahmen jeden Bürger



Er wollte doch nur helfen: Thomas Schäfer in der Schankstube seiner Gaststätte.

Fotos: Marcus Dewanger

zufriedenstellen würden. Schäfer aber dachte sich: „Der Bundespräsident hat doch gesagt, dass er die Gesellschaft einen und den Dialog fördern möchte.“

„Die Demokratie lebt vom Konflikt und auch vom Streit, der verlagert sich aber zunehmend in die digitalen Welten.“

Simone Wegmann
Politologin

Darauf habe er sich berufen und seine Hilfe angeboten. Am 4. Februar 2022 schreibt Thomas Schäfer also einen Brief an den „sehr geehrten Herrn Bundespräsidenten Steinmeier“: „Es ist für mich nicht nachvollziehbar, dass die Bürger von der Politik öffentlich dazu aufgefordert werden, sich an Lösungen zu beteiligen, und wenn man sich meldet, möchte es keiner wissen.“ Und: „Ich möchte Teil der Lösung sein und nicht das Problem.“

Wer Schäfers Briefe liest und seine Anliegen hört, der kommt mitunter auf die Idee, dass da jemand mit einer spe-

ziellen Persönlichkeit und einem gehörigen Mitteilungsdrang sitzt. Schäfer bestätigt das, wenn man ihn darauf anspricht: „Glauben Sie mir, ich kenne meine Schwächen.“

Dieser Brief jedenfalls ist der Beginn einer anderthalbjährigen Kommunikation, die irgendwann eskaliert. Ein halbes Jahr lang habe er nichts gehört und dann besagtes Schreiben erhalten, in dem ihm Webseiten für die Aufklärung von Corona-Leugnern und ein Arztbesuch empfohlen worden sei, sagt Schäfer.

Diese 40 Seiten, die vor Thomas Schäfer auf dem Tisch liegen, erzählen eine Geschichte, die stellvertretend stehen könnte für das, was gerade im Land los ist, für ein Kommunikationsproblem zwischen den Menschen und der Politik, die ja eigentlich in Teilen das Gleiche wollen: Mit demokratischen Mitteln bestmögliche Lösungen finden für die Probleme in dieser Zeit multipler Krisen.

Während in Deutschland nach den Wahlen in Hessen und Bayern diskutiert wird, warum die politischen Ränder erneut gestärkt wurden und wie man politische Hetze und Populismus in den sozialen Netzwerken einschränken

kann, wirkt jemand wie Thomas Schäfer auf fast rührende Weise anachronistisch. Er sitzt an seinen Computer und schreibt Briefe, die er immer noch mehrfach gegenlesen lässt. „Damit Form und Stil anständig sind“, sagt er. Seine Beharrlichkeit kann anstrengend sein und sein Ton mitunter anmaßend, einerseits. Andererseits: Thomas Schäfer ist ganz bestimmt nicht demokratiegefährdend, das sind die Giftmischer in den sozialen Medien und Internetforen. Darf man jemanden wie Schäfer dann mit dem Gefühl zurücklassen, nicht ernst genommen zu werden? Gibt es vielleicht noch viel mehr Menschen wie ihn, die so empfinden?

Kaum Gestaltungsräume

Ein Anruf bei Simone Wegmann, die als Professorin am Institut für Politik der Kieler Uni auch zur Zufriedenheit mit demokratischen Systemen forscht: Gibt es ein wachsendes Kommunikationsproblem zwischen Politik und Bürgern, Frau Wegmann?

„Nein. Aber es gibt eine un-gute Tendenz: Die Demokratie lebt vom Konflikt und auch vom Streit, der verlagert sich aber zunehmend in die digitalen Welten“, sagt sie. Außerdem müsse die Politik derzeit viele Themen behandeln, die von außen kommen: „Corona-Pandemie, Kriege, Inflation, Flüchtlingskrise. Darauf muss Politik reagieren, das schränkt die Gestaltungsräume ein.“

Ein Ergebnis ihrer Forschung sei, dass in Ländern mit direkten Einflussmöglichkeiten, etwa durch Bürgerräte oder -entscheide, die Zufriedenheit der Menschen größer sei: „Ich glaube, dass die Politik grundsätzlich daran arbeiten sollte, die Bürger mehr einzubeziehen.“

Auch deshalb ist der Bundespräsident in diesem Juni

nach Eckernförde gereist, er wollte, so formulierte er es, erfahren, „was die Bürger skeptisch gegenüber unserer Demokratie und ihren Institutionen werden lässt“. Frank-Walter Steinmeier verlegt regelmäßig sein Büro für einige Tage von Berlin in unterschiedliche Regionen Deutschlands. Das Programm trägt den Titel „Ortszeit Deutschland“.

Auch eine sogenannte „Kaffeetafel kontrovers“ war Teil dieser Reise, dabei sollten – der Name verrät es – auch unbequeme Themen angesprochen werden. Thomas Schäfer war einer von 15 Gästen. Auch ein paar Journalisten waren dabei. „Während und nach der Pandemie haben wir die Vernunft im Miteinander etwas vermissen lassen“, sagte Steinmeier eingangs. Dann unterhielt er sich in einem kleinen Raum mit Blick auf die Ostsee mit seinen Gästen. Auch mit Schäfer. Und während der Präsident sich am frischen Mohnkuchen gütlich tat, schilderte der Gastronom betont sachlich, dass er sieben Monate ohne Einkommen gewesen sei und der politische Umgang mit dieser Problematik ihn enttäuscht habe. Steinmeier hörte damals zu, ging dann aber schnell über das Thema hinweg. Schäfer blieb ohne eine echte Antwort oder Erklärung zurück.

Monate später, am 5. Oktober, erklärt das Bundespräsidialamt auf Nachfrage, dass man Thomas Schäfers Empfinden aufgrund des intensiven Austausches während der vergangenen anderthalb Jahre nicht nachvollziehen könne: „Herr Schäfer hat ein Maß an Aufmerksamkeit und Wertschätzung durch den Bundespräsidenten und sein Amt erhalten, wie es nur wenige Bürgerinnen und Bürger erfahren.“ Auf eine Entschuldigung bezüglich der Querdenker-Unterstellung allerdings wartet Thomas Schäfer bis heute.



Ein Idyll auf dem Land: Die Gaststätte Lehmsiek liegt auf dem Weg von Rendsburg nach Eckernförde.